

Dringliche Interpellation Rolf Zbinden, PdA Bern: Notbremse für die anmassende Öffentlichkeitsarbeit von PINTO

Das städtische Projekt PINTO (Prävention, Intervention und Toleranz) war von allem Anfang an konzipiert als Einrichtung, welche fürsorgerische und repressive Aufgaben verbinden sollte. Dieser problematische Spagat zwischen Polizei- und Sozialarbeit wurde mit der Konzeptanpassung vor einem Jahr verstärkt und erfuhr unter der aktuellen Leitung, die sich explizit „nicht mehr vorwerfen“ lassen will, „einseitig auf Betreuung zu setzen“, eine dezidiert repressive Akzentuierung.

Es wirkt auf dem Hintergrund dieser Selbsteinschätzung irritierend und störend, wenn die Leitung von PINTO sich mit Plattitüden, Mutmassungen und hohlen Phrasen in die aktuelle Drogendiskussion in Bern einschaltet und sich mit dem Schein des Expertentums umgibt. Dass die Szene „sich dauernd verlagert“, ist hohl; dass „vermehrt in Wohnungen gedealt und konsumiert wird“, eine Vermutung, die mit dem Einsatzbereich von PINTO (noch?) in keinem Zusammenhang steht. Dem gleichen Artikel der Gratiszeitung „.ch“ vom 7. Oktober 2008 ist zudem die aufschlussreiche Feststellung zu entnehmen, die Leitung von PINTO könne nicht sagen, „wo genau sich die Abhängigen aufhalten“! „Wird die Szene aufgelöst, sind auch die Dealer weg“: Mit solchem Scharfsinn wird die drogenpolitische Diskussion auf ein Niveau gedrückt, das nicht nur Fachleute schmerzen muss und in breiten Kreisen zur Verunsicherung darüber führt, wer denn in der städtischen Drogenpolitik eigentlich wo und wie und wofür zuständig - und qualifiziert ist.

Deshalb will die PdA Bern vom Gemeinderat wissen,

- was er zu unternehmen gedenkt, um in der gegenwärtig äusserst heiklen Phase eine drogenpolitische Diskussions- und Kommunikationsbasis zu gewährleisten, die nicht von der Profilierungssucht und vom Dilettantismus einzelner Exponenten vergiftet wird;
- ob er gewillt ist, die Propaganda parapolizeilicher Pseudostreetworker in die Schranken zu weisen, um der Stimme professioneller Sozialarbeit endlich das nötige Gewicht zukommen zu lassen.

Begründung der Dringlichkeit:

Angesichts der aktuellen Diskussion um eine zweite Anlaufstelle, um Vorplatz und Ausweitung des Betreuungsangebots darf vom Gemeinderat eine rasche und klare Antwort erwartet werden.